

Institut für Multimediales Öffentliches Recht

Repetitorium Öffentliches Recht I
WS 2009/2010

Mag. Doris Stilgenbauer

Überblick

1. Tag

- Verfassungstheorie in Fällen
- Übungsfall - Antrag

2. Tag

- Verfassungstheorie in Fällen
- Diplomprüfungsfall

Der Landeshauptmann von Oberösterreich möchte einen Gesetzesbeschluss des Landtages so schnell wie möglich im LGBl kundmachen und verzichtet daher darauf diesen beim Bundeskanzleramt bekannt zu geben.

Der Landeshauptmann von Oberösterreich möchte einen Gesetzesbeschluss des Landtages so schnell wie möglich im LGBl kundmachen und verzichtet daher darauf diesen beim Bundeskanzleramt bekannt zu geben.

1. Ist das Vorgehen des Landeshauptmannes verfassungskonform?

Der Landeshauptmann von Oberösterreich möchte einen Gesetzesbeschluss des Landtages so schnell wie möglich im LGBl kundmachen und verzichtet daher darauf diesen beim Bundeskanzleramt bekannt zu geben.

1. Ist das Vorgehen des Landeshauptmannes verfassungskonform?
2. Die Bundesregierung erhebt gegen den Gesetzesbeschluss des oberösterreichischen Landtags Einspruch. Wie kann der oberösterreichische Landtag darauf reagieren?

Folgender Gesetzesbeschluss des Nationalrates wurde am 10. Juli 2008 kundgemacht.

Folgender Gesetzesbeschluss des Nationalrates wurde am 10. Juli 2008 kundgemacht.

1. Welche Konsequenz hatte dieser Gesetzesbeschluss bzw dieses einfache Bundesgesetz?

Folgender Gesetzesbeschluss des Nationalrates wurde am 10. Juli 2008 kundgemacht.

1. Welche Konsequenz hatte dieser Gesetzesbeschluss bzw dieses einfache Bundesgesetz?
2. Welche anderen Arten der vorzeitigen Beendigung der Funktionsperiode des Nationalrates gibt es noch?

Seit der B-VG-Novelle 2007 wurde die Möglichkeit seine Stimme mittels Briefwahl abzugeben erweitert.

Seit der B-VG-Novelle 2007 wurde die Möglichkeit seine Stimme mittels Briefwahl abzugeben erweitert.

1. Auf Grund welcher Wahlgrundsätze wird der österreichische Nationalrat gewählt?

Seit der B-VG-Novelle 2007 wurde die Möglichkeit seine Stimme mittels Briefwahl abzugeben erweitert.

1. Auf Grund welcher Wahlgrundsätze wird der österreichische Nationalrat gewählt?
2. Gegen welche Wahlgrundsätze könnte die derzeitige Form der Briefwahl verstoßen?

Herr X ist zum ersten Mal zum Abgeordneten des Nationalrates gewählt worden. Kurz nach der Wahl wird Herrn X ein Schreiben vorgelegt, das ihn verpflichtet in allen Abstimmungen niemals gegen die Parteilinie zu stimmen.

Herr X ist zum ersten Mal zum Abgeordneten des Nationalrates gewählt worden. Kurz nach der Wahl wird Herrn X ein Schreiben vorgelegt, das ihn verpflichtet in allen Abstimmungen niemals gegen die Parteilinie zu stimmen.

1. **Gegen welches verfassungsrechtliche Institut verstößt diese Vorgehensweise?**

Herr X ist zum ersten Mal zum Abgeordneten des Nationalrates gewählt worden. Kurz nach der Wahl wird Herrn X ein Schreiben vorgelegt, das ihn verpflichtet in allen Abstimmungen niemals gegen die Parteilinie zu stimmen.

1. Gegen welches verfassungsrechtliche Institut verstößt diese Vorgehensweise?
2. Ist Herr X wirklich an dieses Schreiben gebunden?

Herr X ist zum ersten Mal zum Abgeordneten des Nationalrates gewählt worden. Kurz nach der Wahl wird Herrn X ein Schreiben vorgelegt, das ihn verpflichtet in allen Abstimmungen niemals gegen die Parteilinie zu stimmen.

1. Gegen welches verfassungsrechtliche Institut verstößt diese Vorgehensweise?
2. Ist Herr X wirklich an dieses Schreiben gebunden?
3. Ist die Bildung von Parlamentsklubs durch die österreichische Bundesverfassung verboten?

Am 07.11.2008 langte bei der Parlamentsdirektion des Nationalrates das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Graz um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung der Abgeordneten zum NR Dr. Susanne Winter ein.

Am 07.11.2008 langte bei der Parlamentsdirektion des Nationalrates das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Graz um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung der Abgeordneten zum NR Dr. Susanne Winter ein.

1. Aus welchen Gründen ist solch ein Ansuchen der Staatsanwaltschaft an den Nationalrat zu stellen?

Dem Liegenschaftseigentümer A wird durch den Flächenwidmungsplan der Gemeinde G die Bebauung seines Grundstücks grundsätzlich erlaubt. Dem Nachbarn Y wird, trotz grundsätzlich gleicher Lage des Grundstücks, die Bebauung auf Grund der Widmungskategorie versagt.

Dem Liegenschaftseigentümer A wird durch den Flächenwidmungsplan der Gemeinde G die Bebauung seines Grundstücks grundsätzlich erlaubt. Dem Nachbarn Y wird, trotz grundsätzlich gleicher Lage des Grundstücks, die Bebauung auf Grund der Widmungskategorie versagt.

1. Welches Grundrecht könnte durch diese Regelung des Flächenwidmungsplans (Verordnung der Gemeinde) verletzt sein?

Dem Liegenschaftseigentümer A wird durch den Flächenwidmungsplan der Gemeinde G die Bebauung seines Grundstücks grundsätzlich erlaubt. Dem Nachbarn Y wird, trotz grundsätzlich gleicher Lage des Grundstücks, die Bebauung auf Grund der Widmungskategorie versagt.

1. Welches Grundrecht könnte durch diese Regelung des Flächenwidmungsplans (Verordnung der Gemeinde) verletzt sein?
2. Ist ein Flächenwidmungsplan ein Akt der Verwaltung oder der Gesetzgebung?

Am 21.6.1999 veröffentlichte ein Nachrichtenmagazin einen Artikel über strafgerichtliche Ermittlungen gegen drei Angehörige der Fremdenpolizei, welche auf einem Flug einen Schubhäftling begleitet hatten, der unter unklaren Umständen ums Leben kam. Von einem Polizeibeamten wurde die Identität (vollständiger Name und Titel) offen gelegt.

Am 21.6.1999 veröffentlichte ein Nachrichtenmagazin einen Artikel über strafgerichtliche Ermittlungen gegen drei Angehörige der Fremdenpolizei, welche auf einem Flug einen Schubhäftling begleitet hatten, der unter unklaren Umständen ums Leben kam. Von einem Polizeibeamten wurde die Identität (vollständiger Name und Titel) offen gelegt.

1. Die Verlagsgesellschaft wurde darauf hin von nationalen Gerichten zu einer Entschädigungszahlung gem den Bestimmungen des Mediengesetzes verurteilt. Welches Grundrecht könnte der gerichtliche Auftrag Schadenersatz zu leisten in diesem Fall verletzen?

Durch eine Novelle des Postgesetzes wurde Eigentümern von Gebäuden die Verpflichtung auferlegt, auf eigene Kosten eine näher bestimmte Brieffachanlage zu errichten.

Durch eine Novelle des Postgesetzes wurde Eigentümern von Gebäuden die Verpflichtung auferlegt, auf eigene Kosten eine näher bestimmte Brieffachanlage zu errichten.

1. Welches Grundrecht könnte durch diese Regelung verletzt sein?

Durch eine Novelle des Postgesetzes wurde Eigentümern von Gebäuden die Verpflichtung auferlegt, auf eigene Kosten eine näher bestimmte Brieffachanlage zu errichten.

1. Welches Grundrecht könnte durch diese Regelung verletzt sein?
2. Würden die betroffenen Eigentümer eine Entschädigung für ihren Aufwand erhalten?

Einige der Gebäudeeigentümer, die von der gesetzlichen Verpflichtung zur Anschaffung von bestimmten Brieffachanlagen betroffen waren, haben die Aufhebung der maßgeblichen Bestimmungen beim Verfassungsgerichtshof beantragt.

Einige der Gebäudeeigentümer, die von der gesetzlichen Verpflichtung zur Anschaffung von bestimmten Brieffachanlagen betroffen waren, haben die Aufhebung der maßgeblichen Bestimmungen beim Verfassungsgerichtshof beantragt.

1. Nennen sie den „terminus technicus“ dieses Rechtsbehelfs!

Einige der Gebäudeeigentümer, die von der gesetzlichen Verpflichtung zur Anschaffung von bestimmten Brieffachanlagen betroffen waren, haben die Aufhebung der maßgeblichen Bestimmungen beim Verfassungsgerichtshof beantragt.

1. Nennen sie den „terminus technicus“ dieses Rechtsbehelfs!
2. Ist ein Individualantrag immer zulässig?

Im Jänner 2008 wurden Asylwerber unter Beisein von uniformierten Sicherheitsorganen auf Grund des Verdachts der Beteiligung an einem strafrechtlich relevanten Verhalten mit einem Bus von Villach nach Traiskirchen „verbracht“. Die daraufhin erhobene Maßnahmenbeschwerde beim UVS Kärnten wurde zurückgewiesen.

Im Jänner 2008 wurden Asylwerber unter Beisein von uniformierten Sicherheitsorganen auf Grund des Verdachts der Beteiligung an einem strafrechtlich relevanten Verhalten mit einem Bus von Villach nach Traiskirchen „verbracht“. Die daraufhin erhobene Maßnahmenbeschwerde beim UVS Kärnten wurde zurückgewiesen.

1. Welches Grundrecht wurde durch die Zurückweisung verletzt?

Eva Fröhlich wird die Bewilligung zur Führung einer Schischule nicht erteilt, ihr Antrag wird abgewiesen. Die zuständige Behörde ist der Meinung, dass der Bedarf an einer weiteren Schischule in der Region nicht gegeben ist.

Eva Fröhlich wird die Bewilligung zur Führung einer Schischule nicht erteilt, ihr Antrag wird abgewiesen. Die zuständige Behörde ist der Meinung, dass der Bedarf an einer weiteren Schischule in der Region nicht gegeben ist.

1. Gehen Sie davon aus, dass solch eine Bedarfsprüfung der Behörde gesetzlich normiert ist. Welches Grundrecht könnte durch den Bescheid verletzt sein?

Eva Fröhlich wird die Bewilligung zur Führung einer Schischule nicht erteilt, ihr Antrag wird abgewiesen. Die zuständige Behörde ist der Meinung, dass der Bedarf an einer weiteren Schischule in der Region nicht gegeben ist.

1. Gehen Sie davon aus, dass solch eine Bedarfsprüfung der Behörde gesetzlich normiert ist. Welches Grundrecht könnte durch den Bescheid verletzt sein?
2. Wie kann sich Eva Fröhlich gegen den Bescheid und die gesetzlichen Grundlagen zur Wehr setzen?

Eva Fröhlich wird die Bewilligung zur Führung einer Schischule nicht erteilt, ihr Antrag wird abgewiesen. Die zuständige Behörde ist der Meinung, dass der Bedarf an einer weiteren Schischule in der Region nicht gegeben ist.

1. Gehen Sie davon aus, dass solch eine Bedarfsprüfung der Behörde gesetzlich normiert ist. Welches Grundrecht könnte durch den Bescheid verletzt sein?
2. Wie kann sich Eva Fröhlich gegen den Bescheid und die gesetzlichen Grundlagen zur Wehr setzen?
3. Ist in diesem Fall ein Individualantrag zulässig?